



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Druck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 304. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. Juli 1860.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Paris, 30. Juni.** Aus Neapel wird vom 28. d. Mts. Abends gemeldet, daß in der Toledostraße in Folge von Zusammenrottungen Tumulte stattgefunden haben.

**Wien, 30. Juni, Mittags.** Direkt hier eingegangene Telegramme aus Neapel vom gestrigen Tage melden als zuverlässig, daß die Rebellen, welche die unterm 28. d. M. gemeldeten Gewaltthaten begangen und auch die Befreiung der Sträflinge versucht hatten, von den Truppen überwältigt worden seien, wobei mehrere Rebellen umgekommen. Zugleich mit der Verkündigung des Belagerungszustandes sei eine Bürgergarde gebildet worden. Das neue Ministerium habe sich bereits konstituiert. Die Mutter des Königs und deren Töchter waren am 28. d. Mts. Abends nach Gaeta abgereist. Der König befand sich in Neapel. Die Gerüchte von seiner Erkrankung sind unwahr. Am 29. d. M. ist die Ordnung nicht wieder gestört worden.

**Turin, 29. Juni, Abends.** Die „Unione“ meldet, daß auf Sicilien die Körperschaften der Jesuiten und Vignorianer aufgelöst und deren Mitglieder aus dem Lande ausgewiesen worden seien. Ihre Güter werden als dem Staate anheimgefallen betrachtet. — Alexander Dumas hat das Bürgerrecht von Palermo erhalten.

**London, 30. Juni, Vorm.** Nach der heutigen „Times“ würde die neue russische Anleihe wahrscheinlich zurückgezogen werden, da keine bedeutenden Aufträge für dieselbe einlaufen.

Die „Morningpost“ enthält ein Telegramm aus Neapel vom 29. d. M., nach welchem dort große Aufregung herrsche, und die Mitteilung, daß die Reformen keine Befriedigung gewährt haben. Falls Satisfaktion für das an Herrn von Brenier ausgeübte Attentat verweigert werde, sei es wahrscheinlich, daß die französische Flotte zum Handeln gelange.

**Turin, 29. Juni.** Nach Berichten aus Neapel vom 28. Juni ist das neue Ministerium wie folgt zusammengesetzt: Spinelli, Ministerpräsident; de Martino, Minister des Auswärtigen; Del Re, Minister des Innern; Manna, Finanz-Minister; Fürst Torella, Cultus-Minister; Morelli, Justiz-Minister; La Greca, Minister der öffentlichen Arbeiten; Marzulli, Kriegs-Minister; Admiral Garofalo, Marine-Minister. Die italienische Tricolore weht auf dem königl. Schlosse und den Kriegsschiffen; sie wurde von den auf der Rheide liegenden fremden Kriegsschiffen mit Kanonensalven begrüßt. Am Abende war die Stadt illuminiert.

**Turin, 29. Juni.** Aus Neapel wird gemeldet: Die Regierung hat die Rückgabe der weggenommenen Schiffe samt den darauf befindlichen Passagieren anbefohlen. Man fürchtet Anarchie und Konflikte zwischen den Lazzaroni und der übrigen Bevölkerung.

In Rom geht das Gerücht, es ständen Reformen bevor.

**London, 29. Juni, Abends.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston auf eine Anfrage Sheridans, er habe keine Nachrichten von Unruhen in Neapel erhalten. Peel versicherte seine gestern angekündigte Interpellation wegen der eventuellen Vereinigung Siciliens mit Sardinien, weil Lord John Russell durch Unwohlsein verhindert war, zu erscheinen.

**Turin, 29. Juni.** Das Anleihen von 150 Millionen ist mit 215 gegen 3 Stimmen von der Deputiertenkammer bewilligt worden. — Poerio und Mancini haben sich gegen jedes Einverständnis mit den Bourbonen ausgesprochen. Der Minister Farini antwortete sehr zurückhaltend.

**Paris, 29. Juni.** Dem Vernehmen hätte Sardinien die angetragene Allianz mit Neapel abgelehnt. Der französische Gesandte in Neapel, Herr v. Brenier, ist in der Besserung; wie es heißt, ist der Attentäter nicht verhaftet.

Die kaiserl. Majestäten begeben sich am 5. Juli nach St. Cloud.

## Preußen.

**Berlin, 30. Juni.** [Amtliches.] Se. kgl. Hoh. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht, dem Sekonde-Lieutenant Kleferer der 1. Ingenieur-Inspektion, dem Kreisgerichts-Rath Zellmann zu Hamm und dem Pfarr-Vikar Lachner zu Olpe den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Sergeanten Lindeknecht im 1. Pionnier-Bataillon, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. (St.-A.)

**Berlin, 30. Juni.** [Neue Mittheilungen über die badener Zusammenkunft.] Wie ein hiesiger Correspondent der „Zep.“ berichtet, hat Hr. v. Schleinitz zwei die badener Zusammenkunft betreffende Depeschen abgehen lassen, deren eine den preussischen Gesandten an den deutschen, die andere den preussischen Gesandten an den nicht-deutschen Höfen zugesandt ist. Ueber den Inhalt beider Depeschen hat die genannte Zeitung von ihrem Correspondenten Folgendes erfahren: Die erste Depesche beschränkt sich darauf, den Wortlaut der vom Prinz-Regenten in der Fürsterversammlung am 18. Juni gehaltenen Rede wiederzugeben; die zweite enthält ein klares Resümé der politischen Gespräche, welche am 15. und 17. zwischen dem Prinz-Regenten und dem Kaiser der Franzosen stattgefunden haben. Der Kaiser hat Versicherungen über die friedlichen Absichten Frankreichs gegeben und der Prinz-Regent dieselben entgegengenommen (recueilli — das soll wohl heißen: mit Befriedigung vernommen). Der Kaiser hat auf Entschiedenheit die Vergrößerungspläne und Kriegsgelüste, die man Frankreich beilege, desavouiert; er hat hinzugefügt, daß die Annexion von Savoyen und Nizza durch ganz exceptionelle Umstände motiviert sei, welche auf andere Länder gar keine Anwendung finden könnten (eigentlich auf andere Länder gar nicht übertragen werden könnten — qui ne pourraient se traduire ailleurs) und daß zwischen Italien und Deutschland durchaus keine Analogie bestehe. Hierbei hat der Kaiser auch sein Bedauern ausgesprochen, daß gewisse Blätter in Deutschland sich ein Geschäft daraus machten, Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland zu säen und so das sicherste Mittel, beide Nationen gegen einander zu erbittern, anzuwenden. Auf diese loyalen und beruhigenden Worte hat der Prinz-Regent geantwortet, er könne dem Kaiser nicht verhehlen, daß man in Deutschland befürchten zu müssen glaube, Frankreich werde durch die Verkettung der Ereignisse (par l'enchainement des événements) sich zu dem

Wunsche fortzuziehen lassen, nach dem Rhein hin seine Grenzen in gleicher Weise zu dehnen, wie dies nach den Alpen hin geschehen sei. Der Kaiser hat hierauf seinerseits die feste Ueberzeugung ausgesprochen, daß die von beiden Seiten kundgegebenen friedlichen Absichten sich bewährten würden. Herr v. Schleinitz fügt hinzu, daß speziell von anderen politischen Angelegenheiten nicht die Rede war, daß aber der Kaiser, aus Anlaß einer Bemerkung des Prinz-Regenten über die italienischen Angelegenheiten, versichert hat, er werde seinen freundschaftlichen Einfluß auf das turiner Cabinet im Sinne der Mäßigung und Versöhnlichkeit geltend machen.

**\* Berlin, 30. Juni.** [Das Befinden des Königs. — Der Unglücksfall. — Dr. Eichhoff.] In dem Befinden Sr. Majestät des Königs ist in der verflochtenen Woche eine Störung nicht wieder eingetreten. Se. Majestät konnten die Promenaden ganz in der gewohnten Weise auch in den Morgenstunden wieder aufnehmen.

Ueber den gestern berichteten schweren Unglücksfall erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß im Ganzen 30 Arbeiter in dem Gajometerhause beschäftigt waren, von denen 8 todt, 18 mehr oder weniger, zum Theil sehr schwer verwundet, und 4 in fast wunderbarer Weise gerettet sind. Gestern Nachmittag fand eine vorläufige Untersuchung über die Ursache des Unglücksfalls durch Sachverständige statt. Man glaubt annehmen zu müssen, daß bei der Aufsehung des Daches nicht die nöthige Vorsicht beobachtet ist, und daß außerdem möglicherweise der Sturm, welcher am Donnerstag stattfand, dazu mitgewirkt hat, daß das Dach sich in sich zusammenbrach. Das Dach ist fertig aus England hierher gekommen, so daß hier nur die Zusammenfügung desselben nöthig war; daß es an sich gut ist, geht schon daraus hervor, daß nach dem Zusammensturz die einzelnen Theile desselben ganz geordnet lagen, während die dichten Balken gleich Rohrstöcken sich zerplittert haben. — In der Anlage gegen den Literaten Eichhoff wegen unbefugter Führung des Doctortitels fand gestern vor dem Polizeigericht ein weiterer Termin statt. Die Verlesung der Aussagen mehrerer auswärtiger Zeugen, bei welchen Hr. Eichhoff sein Diplom zurückgelassen haben wollte, ergab, daß sie ein solches unter den reinirten Sachen nicht gefunden. Der Angeklagte weigerte sich auch diesmal, die Universität zu nennen, bei der er promovirt, weil er sie schon früher einem Polizeiwachmeister genannt habe und ihm eine Wiederholung aus persönlichen Gründen unangenehm sei, gab aber an, daß es eine schweizer Universität sei, und bestritt dem Gericht das Recht, nach der Promotion zu fragen. Der Polizeianwalt stellte den Antrag, den Angeklagten wegen Anmaßung des Doctortitels zu 10 Jhr. Strafe oder 8 Tagen Gefängnis zu verurtheilen. Der Polizeirichter vertagte die Publikation.

**Berlin, 30. Juni.** [Zulassung der Juden.] Die „Preuss. Zeitung“ bringt folgenden Artikel: Bekanntlich hatte eine Deputation, an deren Spitze der Graf Botho zu Stolberg-Wernigerode stand, am 21. April d. J. die Ehre, Sr. königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten eine Adresse zu überreichen, in welcher die Bitte ausgesprochen war: „das alte Recht, wonach die Juden ständische Gerechtsame nicht ausüben und öffentliche Aemter nur innerhalb der durch das Gesetz vom 23. Juli 1847 bestimmten Grenze bekleiden dürfen, aufrecht zu erhalten.“ Se. k. H. geruhte, der Deputation eine wiederholte Prüfung dieser Bitte zuzugestehen. Das Resultat dieser Prüfung ist unter dem 23. Mai d. J. durch einen allerb. Erlass dem Grafen Botho zu Stolberg-Wernigerode mitgetheilt. Ueber den Inhalt dieses Bescheides erfahren wir, daß Se. k. H. erklärt, sich von Neuem davon überzeugt zu haben, daß rücksichtlich der Befähigung der Juden zur Ausübung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte nicht mehr die in den §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 gezogenen Grenzen festgehalten werden dürfen, nachdem das nach Anhörung des zweiten vereinigten Landtages, mithin unter ständischem Beirathe erlassene Gesetz vom 6. April 1848 und die Verf.-Urkunde den Genuß dieser Rechte für unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse erklärt haben, und daß daher die Regierung durch die angeordnete Zulassung der jüdischen Staatsangehörigen zur Wahrnehmung ständischer Rechte und zur Verwaltung der ihnen verfassungsmäßig nicht verschlossenen Aemter nur die Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde und der in Gemäßheit derselben ergangenen Gesetze in Vollzug gesetzt habe. Die Aufhebung der diesbezüglich getroffenen Anordnungen sei deshalb eben so wenig zulässig, wie eine mit der Verfassung nicht im Einklange stehende anderweitige gesetzliche Regelung; vielmehr müsse es bei den auf Grund der bestehenden Gesetze erlassenen Verfügungen und insbesondere bei der erfolgten Zulassung der Juden zur persönlichen Verwaltung der gausobrigkeitlichen Polizei und des Dorfschutzens-Amtes umsomehr sein Bewenden behalten, als jüdische Grundbesitzer diesen Aemtern seit dem Jahre 1848 auf Grund der veränderten Gesetzgebung bereits mehrfach mit schuldiger Pflichttreue zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten sowohl, wie der beteiligten Gemeinden vorgestanden haben.

Zu gleicher Zeit hat Se. kgl. Hoh. der Prinz-Regent das Staats-Ministerium, welchem der Bescheid an den Grafen Botho zu Stolberg-Wernigerode zur Weiterbeförderung übergeben wurde, veranlaßt, dem genannten Grafen die in den Berichten vom 6. Januar und vom 10. Mai d. J. näher entwickelten Gründe, auf welchen die allerhöchste Entscheidung beruht, ausführlich mitzutheilen.

## Deutschland.

**München, 26. Juni.** [Deutschkatholisches. — Sonderbarer Bescheid.] Bereits im Juni v. J. richteten mehrere Deutsch-Katholiken Nürnberg eine Eingabe an das Ministerium für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, um die Erlaubnis zu erhalten, wieder eine Gemeinde bilden zu dürfen. Da lange Zeit keine Antwort erfolgte, so erlaubten sie sich im April letzten Jahres, wieder an die Sache zu erinnern, aber auch diesmal erfolgte keine Antwort; gestern nun trug eine Deputation der Deutsch-Katholiken Nürnberg dem Herrn Minister Zweck die Sache persönlich vor, der sie freundlich empfing, und ihnen mittheilte, daß die Acten noch bei der Regierung lägen, die Sache aber beschleunigt und dem Gesetze gemäß erledigt werden solle. — Wie bekannt, haben sich die Irvingianer in Schwaben ebenfalls um Anerkennung an das Kultusministerium gewandt. — Das königl. Langericht Radolzburg veröffentlicht folgenden „Contumacial-Bescheid“. Das 1. beschließt als Districts-Polizei-Behörde: 1) der Literat Dr. W. Wismüller von Nürnberg sei wegen gemeingefährlichen Herumtreibens in eine Arreststrafe von acht Tagen zu verurtheilen, 2) die demselben abgenommenen Briefmarken im Betrage von 1 Fl. 3 Kr., dann die Säckchen und Päckchen mit Nummern seien zu confisciren. Es wäre interessant, über die polizeiliche Motivirung dieses in mehrfacher Beziehung auffallenden Bescheides etwas Näheres zu erfahren. (Sabb. 3.)

**Donauerschingen, 25. Juni.** [Pfarrerwerfer Wolff.] ein geborner Desterreicher aus dem Bisthum Brixen, welcher während des Kirchenkonflikts eine Festungsstrafe zu erstehen hatte und deshalb in neuerer Zeit wieder Schritte zu seiner Genugthuung hiefür gethan haben soll, ist angewiesen worden, binnen drei Tagen das Großherzogthum zu verlassen.

**Mainz, 21. Juni.** [Bücher-Censur.] Dem „Pfälzer Kurier“ wird berichtet: „Vorgestern kam hier ein Postpaket aus Hamburg an, welches, als vom Auslande einlaufend, aufs Zollamt gehen

mußte. Es enthielt mehrere Exemplare des vor Kurzem bei Meißner in Hamburg erschienenen Werkes: „Demokratische Studien“ von Ludwig Walebrode. Der Titel des Buches veranlaßte die Zollbehörde, die Auslieferung zu verweigern, und die höhere Verwaltung der Provinz Rheinhessen beschloß auch, die Bücher zurück zu behalten, bis die Regierung in Darmstadt darüber verfügt haben. Daraus geht also hervor, daß im Großherzogthum Hessen die Bücher-Censur nicht bloß wieder hergestellt ist, sondern auch, daß Drucksachen, welche gar nicht für den Buchhandel bestimmt, sondern schlichtes Privat-Eigenthum sind, wie im vorliegenden Falle, ohne polizeiliche Ermächtigung nicht zirkuliren können.“

**Hamburg, 27. Juni.** [Eisenbahn-Angelegenheit. — Preussische Centralgewalt.] Mit einer Majorität von 58 St. — 99 gegen 41 — ertheilte gestern die Bürgerschaft die Bewilligung zur Ratifikation des mit Dänemark behufs Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen dem hamburg-berliner und dem altona-fleischer Bahnhofs abgeschlossenen Vertrages unter dem Zusatz, daß sie ein direktes Schienengeleise zwischen dieser Verbindungsbahn und dem Hafen für unerläßliche Bedingung machte. Dieser Zusatz schien um so mehr gerechtfertigt, als den altonaer Bahnhof bereits ein derartiger Schienensrang mit dem dertigen Hafen verbindet, bei uns aber ein solcher noch fehlt, und der projektierte Schienenweg zwischen dem hamburg-berliner Bahnhof und den mehr oberwärts gelegenen Theilen unseres Hafens voraussichtlich dem Bedürfnisse nicht vollständig genügen dürfte. Wenn der in der Versammlung laut werdende Widerspruch sich auch ostensibel gegen die voraussichtlich beabsichtigte Richtung der Bahn richtete, welche unsere Ballpromenaden und damit die Verbindung zwischen der Stadt und der Vorstadt St. Georg durchschneiden wird, so schien demselben doch wesentlich eine Besorgniß von der durch die Verbindungsbahn nothwendig vergrößerte Konkurrenz Altonas zu Grunde zu liegen. Es dürfte daher mit Recht der Berichterstatter in seinem Schlußworte hervorheben, daß die Abstimmung über den gegenwärtigen Antrag den Beweis zu liefern habe, ob die Freihandelslehre wirklich in der Ueberzeugung Hamburgs Wurzel geschlagen habe, oder ob man sie nur dann predige, wenn der eigene Vortheil dabei augenscheinlich zu Tage trete. Als Zeichen der Zeit mag es hervorgehoben werden, daß gestern in der Bürgerschaft der Antrag gestellt wurde, dieselbe möge den Beschluß fassen, die königlich preussische Regierung, als diejenige, welche für die nationalen Interessen die meisten Sympathien genießt, aufzufordern, zur Herstellung einer rechtmäßigen Centralregierung Deutschlands die Initiative zu ergreifen, indem sie eine Vertretung des deutschen Volkes berufe. In seinen Motiven stützt sich der Antragsteller, ein schlichter Handwerker, ausdrücklich darauf, daß der reaktivirte Bundestag jeder rechtlichen Grundlage entbehre. (Pr. 3.)

## Oesterreich.

**Wien, 29. Juni.** Heute Mittag wurde im k. k. Ministerium d. Aeußern eine Konvention wegen Errichtung einer unterseeischen Telegraphenlinie von Ragusa über Corfu und Zante nach Alexandrien, insbesondere wegen Beitritt der Pforte zu der diesfälligen englisch-österreichischen Konvention vom 15. März 1859, von dem k. k. Ministerpräsidenten Grafen Rechberg, dem türkischen Botschafter Fürsten Callimaki und dem königl. großbritannischen Gesandten Lord Augustus Loftus vorbehaltlich der allerhöchsten Ratifikationen unterzeichnet. (W. 3.)

## Italien.

**Neapel.** [Die Konzeption. — Das neue Kabinet. — Die Lage der Dinge auf Sizilien.] Die plötzliche Befehrsung des Königs von Neapel zur dreifarbigten Fahne, zum Bündnisse mit dem gestern noch als Todfeind gehaltenen Viktor Emanuel und zum Konstitutionalismus findet nur bei der Diplomatie in Paris, die in der neuen Wendung Gelegenheit zur Einmischung wittert, Beifall und Vertrauen; die „Opinion Nationale“ zieht jedoch noch stark in Zweifel, daß Spinelli die Bildung eines konstitutionellen Kabinetts mit dem Herrn de Martino angenommen habe. Spinelli war im Jahre 1848 liberaler Minister, ist ein fein gebildeter Kavaller und gegenwärtig Subintendant des königl. Theaters von San Carlo, und wenn man der Komödie gedenkt, welche die Bourbonen von Neapel stets in Nothen mit der Verleihung von Verfassungen gespielt haben, so kann man das ironische Lächeln der Italiener bei Berufung des königlichen Theater-Intendanten zum Präsidenten eines konstitutionellen Kabinetts begreifen. Die Ernennung des Herrn v. San Martino zum Minister des Auswärtigen ist in so fern glücklich, als derselbe ein routinierter Diplomat ist, der in Rom es meisterhaft verstand, gut mit Grammont und zugleich im spezielsten Vertrauen mit Antonelli zu stehen; einer römischen Korrespondenz zufolge wäre sogar die Annahme dieses Postens erst nach erfolgter Gutheißung des einflussreichen Kardinals geschehen. Die Seele der neuen Richtung in Neapel ist der Oheim des Königs, der Graf von Aquila, während der Graf von Syracuse, der bekanntlich vor Garibaldi's Abfahrt von Genua genau die Politik anempfohlen hatte, welche der König jetzt auf die Fahne steckt, sich von den Plänen der „Pseudo-Konstitutionellen“ fern hält und „überall gesehen wird, nur nicht bei Hofe“, wie in einer neapolitanischen Korrespondenz der „Independance“ bemerkt wird, aus der wir auch erfahren, daß sich in Neapel ein panischer Schrecken verbreitet und alle, die fort konnten, aufs Land eilten, während viele Fremde Geld- und Geldeswerth zu ihren Consuln brachten; die sicilianischen Flüchtlinge dagegen kehren in Masse nach Palermo heim, wo jetzt Ruhe und Sicherheit herrscht. Der neapolitanische Correspondent der „Independ. belge“ schreibt: „Die Mannschaften der sardinischen Handelsschiffe kommen ans Land und stimmen alle möglichen patriotischen Gefänge unter dem Beifallsjauchzen der Menge an, während die sonst so eifrige Polizei kein Lebenszeichen giebt. Die Lazzaroni hätten unter Ferdinand II. vielleicht etwas gewagt, doch der jetzigen Regierung ist alle Energie ausgegangen.“ Die Wahlcollegien zu dem neuen Parlamente sollen bereits zum 7. Juli einberufen werden; bis dahin sollen dann auch in der „Gaz. Ufficiale“ in Neapel die Ernennungen der Senatoren erfolgen. Der König behält sich nämlich in der neuen Verfassung die directe Ernennung der Mitglieder der ersten Kammer allein vor; Sicilien soll eine besondere Verwaltung erhalten, aber erst nach erfolgter Unterwerfung, weshalb die Feindseligkeiten mit verdoppeltem Nachdrucke fortgesetzt werden sollen. Der Commandant von Messina hat, wie bereits gestern gemeldet wurde, Befehl erhalten, die Deserteure von Mancopano mit den ihm zugesandten Verstärkungen zu besetzen. Die Engpässe von Mancopano liegen etwa 20 Kilometres von Messina; es fragt sich jedoch, ob Garibaldi den Neapolitanern nicht bereits zuvorgekommen



Verantwortlicher Redakteur: R. Büfner in Breslau.  
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.